



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen,
Kinder, Familie
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Frau Wenzel

Wiesbaden, 28.02.2024

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie
am Mittwoch, 6. März 2024, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie am 24.01.2024
2. Bericht über die Jugendkonferenz am 03./04.11.2023 durch das Amt für Soziale Arbeit

3. 24-F-63-0009

Situation der Migrationsberatungsdienste in Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 06.02.2024 -

In einem Brief vom 19. Oktober 2023 an alle Oberbürgermeister*innen und Landrät*innen in Hessen sowie an die Fraktionen im Hessischen Landtag hat die „Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e.V.“ auf die schwierige Situation der Träger der bundesgeförderten Migrationsberatungsdienste (MBE) aufmerksam gemacht. Neben den geplanten Kürzungen im Bundeshaushalt, stellt vor allem die neue Förderrichtlinie, die zum 1. Januar 2024 in Kraft getreten ist, die Träger vor enorme Herausforderungen. Künftig müssen die Träger nicht nur einen Eigenanteil von mindestens 10% an den förderfähigen Gesamtausgaben erbringen, sondern durch die neu eingeführte Deckelung der Personalkostenpauschale auch für etwaige Personalmehrkosten, die etwa für erfahrenes Bestandspersonal anfallen, selbst aufkommen. Die Liga spricht deswegen von einem „realen“ Eigenanteil von bis zu 30%, der ab dem Förderjahr 2024 von den Trägern zu erbringen sein wird.

In der Landeshauptstadt Wiesbaden hat die Veröffentlichung der neuen Förderrichtlinie des Bundesinnenministeriums bereits zum Rückzug eines Trägers, der Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Wiesbaden e.V., aus dem Tätigkeitsfeld der Migrationsberatung zur Folge gehabt. Somit sind in Wiesbaden mit Ablauf des Jahres 2023 drei Vollzeitstellen der Migrationsberatung weggefallen, womit den Berechnungen des Bundeamtes für Migration und Flüchtlinge zu Folge hier bereits jetzt eine Unterversorgung der Ratsuchenden vorherrscht.

Auch die verbleibenden MBE-Träger, der Caritasverband Wiesbaden-Rheingau-Taunus e.V., das Diakonische Werk Wiesbaden sowie der Bund der Vertriebenen LV Hessen e.V. äußern angesichts der finanziellen Mehrbelastung Sorge darüber, ob sie die MBE künftig als Beratungsfeld erhalten können.

Der Ausschuss für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

zur nächsten Ausschusssitzung die Vertreter*innen der verbliebenen Migrationsberatungsdienste in Wiesbaden einzuladen. Sie sollen die Möglichkeit bekommen, über Ihre Arbeit und die aktuelle Situation zu berichten.

4. 24-F-63-0013

Feindliches Stadtdesign auf Flächen der Landeshauptstadt Wiesbaden
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 28.02.2024 -

Teil des feindlichen Stadtdesigns ist die "defensive Architektur". Defensive Architektur hat im Jahr 2022 den dritten Platz beim "Unwort des Jahres" belegt. Noch unangenehmer als das Wort an sich ist nur die Ausführung: Metallspikes, abgerundete Bänke mit Löchern, sodass sich niemand hinlegen oder länger sitzen kann, unverrückbare Betonblöcke, auf denen nur eine Person sitzen kann, Trennungen von Bänken durch eine mittlere Armlehne oder Mülleimer, in die nicht hereingegriffen werden kann, sind nur Beispiele für defensive Architektur. Wie man an den Beispielen sieht, gibt es defensive Architektur sehr offensichtlich aber auch sehr subtil. Ziel jeder Form der defensiven Architektur ist es, zu verhindern, dass sich Personen lange an einem Ort aufhalten. Fast immer wird diese Architektur verwendet, um Wohnungslose aus dem sichtbaren Bereich und damit aus dem Stadtbild zu verdrängen. Darunter leiden Wohnungslose und es entstehen Sammelpunkte für Wohnungslose außerhalb der frequentierten Zonen. Aber auch andere Personengruppen leiden unter der defensiven Architektur: beispielsweise ältere oder kranke Menschen, die sich auf einer abgerundeten Parkbank ohne Lehne kaum ausruhen können oder Menschen, die einen sozialen Treffpunkt suchen, aber nur einzelne Sitzmöglichkeiten vorfinden.

Der Ausschuss für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie wolle beschließen:

Der Magistrat möge,

- 1) *berichten, auf welchen Plätzen und in welchen Parks der Landeshauptstadt Wiesbaden sich aktuell defensive Architektur befindet. Berücksichtigt werden sollen:*
 - a) *Bänke, die abgerundet sind*
 - b) *Bänke, die durch eine Mittelarmlehne getrennt sind*
 - c) *Einzelne Sitzplätze*
 - d) *Mülleimer, in die man nicht reingreifen kann*
 - e) *Bolzen, bzw. Metallspikes*
- 2) *berichten, welche Kosten es verursachen würde, diese defensive Architektur zu ersetzen.*
- 3) *bei künftigen Planungen vorab zu begründen, warum auf Flächen der LHW defensive Architektur Anwendung finden sollte.*

5. 24-F-69-0013

Kurtaxe Jugendherberge und Jugendnaturzeltplatz
- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 28.02.2024 -

Wiesbaden hat nun mit fünf Euro pro Nacht die bundesweit höchste Kurtaxe Deutschlands. Neben der Wiesbadener Hotellerie schlagen die Jugendherberge und der Jugendnaturzeltplatz Alarm (welche beide von gemeinnützigen Vereinen betrieben werden). Neben Klassen- und Studienfahrten können diese nämlich auch für Seminare, Tagungen und als Angebote der Jugendhilfe gebucht werden. 60 Prozent der Übernachtungen machen die Angebote aus. Durch die Kurtaxe sind die Jugendherberge Wiesbaden und der Jugendnaturzeltplatz in ihrer Existenz bedroht.

Der Ausschuss Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

bis zur nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung eine geänderte Version der Kurbeitragsatzung zur Abstimmung vorzulegen, welche aus sozialen Gründen Personen von der Zahlung des Kurbeitrags ausnimmt, die entweder in der Jugendherberge oder auf dem Jugendnaturzeltplatz übernachten. Die Kurbeitragsatzung könnte in §2 wie folgt ergänzt werden:

(3) Auf Basis von §13 (2) KAG wird der Beitrag aus sozialen Gründen nicht von Personen erhoben, welche durch die Jugendherberge oder den Jugendnaturzeltplatz beherbergt werden."

6. 24-F-69-0014

Öffentliche Toiletten

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 28.02.2024 -

Öffentliche Toiletten sind ein grundlegender Bestandteil der städtischen Infrastruktur. Frei zugängliche und saubere öffentliche Toiletten können den Tourismus und die lokale Wirtschaft fördern. Unklare Zuständigkeiten, Vandalismus und Verschmutzung sind stattdessen die Merkmale für die öffentlichen Toiletten in Wiesbaden.

Als Landeshauptstadt Wiesbaden ist es gerade angesichts der Besucherzahlen und der Bedeutung der Stadt als touristisches Ziel und Geschäftszentrum dringend an der Zeit, die Probleme zu beheben und die Zuständigkeiten für die öffentlichen Toiletten klar zu regeln.

Der Ausschuss Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- 1) die aktuellen Standorte der öffentlichen Toiletten in Wiesbaden aufzuzeigen. Ist die Liste der öffentlichen Toiletten vom 16.12.2022 aktuell? ([Öffentlich zugänglich Toiletten in Wiesbaden - Stand: 25](#))
- 2) über den aktuellen Stand der Zuständigkeiten der öffentlichen Toiletten zu berichten.
 - a. Wer ist für die Wall-Toiletten zuständig?
 - b. Wer ist für die anderen öffentlichen Toiletten zuständig?
- 3) zu prüfen und zu berichten, ob ein Gesamtkonzept für die öffentlichen Toiletten in Wiesbaden sinnvoll wäre. Falls ja, ein Gesamtkonzept zu erstellen und dem Ausschuss für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie zu präsentieren.
- 4) über das Ausmaß von Vandalismus an öffentlichen Toiletten zu berichten.
 - a. Wie viele und welche öffentlichen Toiletten sind in Wiesbaden von Vandalismus betroffen?
 - b. Wie oft sind die öffentlichen Toiletten aufgrund von Vandalismus außer Betrieb?
 - c. Welche Kosten entstehen regelmäßig dadurch?
- 5) zu berichten, ob es bereits Pläne für zusätzliche öffentliche Toiletten, beispielsweise an hoch frequentierten Stellen wie Neroberg oder an Kinderspielplätzen in Wiesbaden, gibt.

- a. Falls ja, die Pläne für zusätzliche öffentliche Toiletten dem Ausschuss zu präsentieren.
- b. Falls nein, warum sind keine zusätzlichen öffentlichen Toiletten geplant?

7. 24-F-69-0015

Wohnungslose in Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 28.02.2024 -

Immer mehr Menschen in Deutschland sind wohnungslos: In Hessens Großstädten hat die Zahl der wohnungslosen Menschen in den vergangenen zehn Jahren zugenommen. Laut der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. (BAGW) waren im Jahr 2022 in Deutschland 607.000 Menschen wohnungslos - fast 60 Prozent mehr als im Jahr 2021. Nach letzten Zahlen (2020) sind in Wiesbaden offiziell 600 Personen wohnungslos gemeldet.

Der Ausschuss Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. über die aktuelle Auslastung des Männer- und Frauenwohnheims in Wiesbaden zu berichten. Wie hat sich die Auslastung des Männer- und Frauenwohnheims in den letzten 10 Jahren entwickelt?
2. über weitere Möglichkeiten für wohnungslose Menschen in Wiesbaden zu berichten.
 - a. Welche aktuell verfügbaren Unterkunftsmöglichkeiten, Hilfsangebote und Beratungsdienste gibt es speziell für wohnungslose Menschen in Wiesbaden?
 - b. Haben sich die Bedarfe von Wohnungslosen in den letzten Jahren geändert (neben dem Thema Unterkunft)? Gibt es Mehrbedarfe? Falls ja, wie sehen die Mehrbedarfe konkret aus?
 - c. Gibt es Angebote die gegebenenfalls weniger genutzt werden?
3. über die Auslastung aller Unterkunftsmöglichkeiten für Wohnungslose zu berichten. Wird der Bedarf für mehr Plätze für Wohnungslose gesehen und wenn ja, gibt es Pläne? Falls ja, über den aktuellen Stand der Pläne zu berichten.
4. über das Verhältnis von freiwillig Wohnungslosen zu unfreiwillig Wohnungslosen zu berichten.

8. 24-F-22-0002

Sachstand zur Bezahlkarte in Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 28.02.2024 -

Bund und Länder haben sich im November 2023 darauf verständigt, eine möglichst einheitliche Bezahlkarte für Geflüchtete einzuführen. Damit soll das Regel-Ausnahme-Verhältnis zwischen Geld- und Sachleistungsbezug umgekehrt werden, um sicherzustellen, dass die Leistungen zielgerichtet für die eigene Existenzsicherung und die der Familie eingesetzt werden und insbesondere keine Geldtransfers ins Ausland erfolgen. Die Forderungen nach einer zügigen Einführung der Geldkarte für Asylbewerber werden immer lauter: Der Hauptgeschäftsführer des

Deutschen Städte- und Gemeindebundes sagte, die entsprechende Vereinbarung der Ministerpräsidenten und der Bundesregierung müsse umgesetzt werden. Auch Bundestagspräsidentin Bärbel Bas forderte die Länder auf, nicht länger bei der Einführung einer Geldkarte für Asylbewerber zu zögern.

Erste Kommunen haben die Karte bereits in Eigenregie umgesetzt, unter anderem Hannover. Dabei gibt es unterschiedliche Varianten hinsichtlich der möglichen Barbeträge oder der Frage, ob die Karte landesweit oder nur in einem bestimmten Gebiet genutzt werden kann.

Der Ausschuss möge daher beschließen,

Der Magistrat wird gebeten, ausführlich zu berichten, wann und mit welchen Parametern die Bezahlkarte als Sachleistungsmittel für Leistungen nach dem AsylBG in Wiesbaden umgesetzt sein wird.

9. 24-F-15-0009

AZUBI-Wohnheime vorantreiben
- Antrag der Fraktion FWG/Pro Auto vom 28.02.2024 -

In seinem Beschluss vom 7. Februar 2024 zum Antrag „Handwerk trifft Innovation“ hat das Wiesbadener Stadtparlament sich zu Recht ausdrücklich positiv für ein oder sogar mehrere AZUBI-Wohnheime ausgesprochen. Dies entspricht auch den Wünschen des Industriebeirates, der in einem Papier vom Oktober des vergangenen Jahres Pläne für den Ausbau begrüßt und sich sogar bereit erklärt, die Stadt dabei zu unterstützen.

Der Sozialausschuss sollte sich dieses Vorhabens ausdrücklich annehmen und die von allen Seiten gewünschten Maßnahmen unterstützend vorantreiben. Nicht Reden, sondern Handeln ist angesagt. Da schon nächstes Jahr neue Azubis hinzukommen, ist ein erhöhter Handlungsbedarf vorhanden.

Der Ausschuss für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. welche konkreten Schritte bis heute unternommen worden sind, um zumindest ein AZUBI-Wohnheim schnellstmöglich zu realisieren,
2. ob schon geprüft worden ist, ob Mittel für den sozialen Wohnungsbau oder andere Fördergelder eingesetzt werden können,
3. ob die Stadt in Eigenregie und/oder eine städtische Gesellschaft in Zusammenarbeit mit Privaten (z. B. Firmen, Arbeitgebern etc.) dieses Projekt realisiert,
4. an welchen konkreten Orten der Stadt das gewollte erste Wohnheim entstehen soll, und
5. ob beim Bau eines Wohnheims gegebenenfalls auf belastende Bauvorschriften verzichtet werden kann.

10. 24-A-79-0001

Aktuelle Entwicklungen im Sozial-, Integrations- und Wohnbereich

11. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 23-F-63-0149

Schulstarterpaket

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 27.11.2023 -
- Bericht des Dezernates VI vom 07.02.2024 -

- Der Magistratsbericht steht im Politischen Informationssystem (PIWi) unter dem Vorgang zur Verfügung. -

2. 23-V-51-0033

DL 07/24-3

Ausbau Kinderbetreuung 48/90; Wohngebiet Kärntner Viertel - Errichtung einer Kindertagesstätte durch die GWW in Trägerschaft der Johanniter-Unfallhilfe e. V.

3. 23-V-51-0050

DL 07/24-4

Ausbau der Kinderbetreuung in Wiesbaden 48/90; Einrichtung einer Kindertagesstätte in der Helenenstraße 14-18 durch Terminal for Kids gGmbH, Ergebnis der Plausibilitätsprüfung

4. 24-V-51-0001

DL 08/24-5

Sanierung und Erweiterung der AWO Kita Betty Coridass, Deckung des Mehrbedarfs 2023

5. 24-V-67-0002

DL 08/24-7

Kinderspielplatz Herbert- und Reisinger-Anlagen

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Seite 8 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie
am 6. März 2024

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Sebastian Rutten
Vorsitzender